

## **Gegen die umfangreichen Verletzungen der Rechte von türkischen Beschäftigten im Bildungsbereich**

Das EGBW ist zutiefst empört über die unzumutbaren Entwicklungen der letzten Zeit in der Türkei. Mehr als 15.000 Beschäftigte im türkischen Bildungswesen, unter ihnen Mitglieder von Eđitim Sen, wurden von der türkischen Regierung aufgrund einer angeblichen Verbindung zur terroristischen Organisation Fethulla (FETÖ) von ihren Pflichten entbunden. Der Türkische Hochschulrat (YÖK) hat allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bis auf weiteres verboten, ins Ausland zu reisen.

Das EGBW fordert die türkische Regierung dringend auf, ihre aggressiven und repressiven Maßnahmen gegenüber türkischen Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere gegenüber Beschäftigten im Bildungsbereich, sofort einzustellen. Auf der internationalen politischen Bühne und innerhalb der europäischen Gemeinschaft der im Bildungsbereich Tätigen, unterstützen Lehrerinnen und Lehrer sowie ihre Bildungsgewerkschaften ihre türkischen Kolleginnen und Kollegen ganz entschieden und stehen an ihrer Seite. Die Verletzung von Menschen- und Grundrechten wie dem Recht auf freie Meinungsäußerung und akademische Freiheit ist ein Vergehen gegen die allgemeingültige internationale Rechtsprechung. Solche Vergehen unterminieren die Werte der europäischen Gesellschaft, die jedes Land, das sich um eine EU-Mitgliedschaft bewirbt, kultivieren und fördern sollte. Das EGBW erinnert die türkische Regierung daran, dass diese diktatorischen und undemokratischen Aktivitäten Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche in der Türkei und ihr zukünftiges Leben haben werden. Das Verhalten der türkischen Regierung beeinflusst die Zukunft des Landes als Ganzes. Indem sie die Stimmen aus der Gesellschaft immer wieder ignoriert, unterwandert die türkische Regierung das Bildungswesen und beraubt Kinder und Jugendliche der Möglichkeit einer guten Bildung. Außerdem kultiviert sie Aggression, Missachtung und Missverstehen und schränkt damit ihre Fähigkeit ein, konstruktive Dialoge zu führen.

Bereits am 5. Juli 2016 hat das EGBW seine Mitgliedsorganisationen [aufgerufen](#), zusammen gegen den rechtswidrigen Machtmissbrauch durch die türkische Regierung **zu protestieren**, mit dem sie Demokratie, Gerechtigkeit und akademische Freiheit in der Türkei unterwandert, insbesondere im Hinblick auf die Einstellung der Überprüfung der Strafanzeigen gegen 25 Akademikerinnen und Akademiker, unter ihnen 15 Eđitim Sen-Mitglieder, wegen der Unterzeichnung der Friedensbotschaft „Wir, die Akademiker/innen und Wissenschaftler/innen dieses Landes werden nicht Teil dieses Verbrechens sein!“. Am 13. Juli 2013 wurde die für den 20. Juli 2016 vorgesehene Überprüfung der Strafanzeigen gegen die türkischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durch den türkischen Hochschulrat (YÖK) auf unbestimmte Zeit verschoben.

Das EGBW und seine Mitgliedsgewerkschaften sind tief bestürzt und verärgert über die eskalierende Art der Maßnahmen der türkischen Regierung gegen den Bildungssektor, die dort arbeitenden Menschen sowie gegen Studierende und Kinder.

Das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen glauben, dass Bildung ein öffentliches Gut ist. Deshalb darf und soll keine Regierung ihre Bürgerinnen und Bürger daran hindern, sich zu bilden. Außerdem sollten Regierungen die Bereitstellung von guter Bildung fördern und gewährleisten, insbesondere indem sie die Rechte und Freiheiten der im Bildungsbereich Beschäftigten respektiert, einschließlich ihres Rechts, ihre Stimme zu erheben.

Das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen fordern die türkische Regierung dringend auf:

- sämtliche repressiven Maßnahmen gegen Beschäftigte im türkischen Bildungswesen zu beenden, die explizit Ausdruck diktatorischen und undemokratischen Handelns sind;
- die akademische Freiheit und gute Bildung für alle zu respektieren und zu gewährleisten, indem Beschäftigte im Bildungsbereich an allen, für den Bildungssektor relevanten Entscheidungen beteiligt und Bildungsgewerkschaften als professionelle Organisationen anerkannt werden;
- faire Arbeitsbedingungen für Beschäftigte im Bildungsbereich zu gewährleisten, indem die Verfolgung und Entlassung von türkischen Lehrerinnen und Lehrern beendet und das Arbeitsumfeld verbessert wird;
- die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft zu gewährleisten, indem Menschenrechte, fundamentale Freiheiten wie das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie Recht und Gerechtigkeit respektiert werden.

Das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen in ganz Europa setzen sich für gute Bildung und faire Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer ein. Die starke Stimme der Bildung darf nicht ignoriert und vernachlässigt werden. Als eine Regierung, die sich eine demokratische, offene und zukunftsfähige Gesellschaft wünscht, sollte die türkische Regierung die Stimmen von Millionen von Lehrerinnen und Lehrern sowie Akademikerinnen und Akademikern beachten und ein Beispiel für demokratische und faire Führung sein.

Wenn die türkische Regierung weiterhin die Forderungen von Millionen von Beschäftigten in der Bildung in Europa missachtet, werden das EGBW und seine Mitgliedsorganisationen weitere Sofortmaßnahmen in Betracht ziehen

Christine Blower  
Präsidentin des EGBW

Martin Rømer  
Direktor, EGBW Europa

Deutsche Übersetzung: GEW Hauptvorstand